

Nicht schachern, sondern die Karten auf den Tisch legen

Bei den Geldern für Integration von Flüchtlingen sollte es nicht nur um die Höhe gehen, sondern um den Zweck

Die Bundesländer stehen wieder mal mit dem Hut vor Finanzminister Schäuble. Diskutiert wird allein die Höhe der Gelder, die der Bund an die Länder zahlen soll – damit diese die Integration von Flüchtlingen leisten können. Acht Milliarden Euro ist die Forderung der Länder.

Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert die einseitige Fixierung auf die Höhe der Summe:

„Es muss in dieser Debatte auf den Tisch, welche Kosten die Länder konkret haben und wofür sie das Geld ausgeben“, fordert Stephan Dünwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Keines der Bundesländer hat konkrete Zahlen präsentiert, wie sich die Kosten für Flüchtlinge, z.B. für Unterbringung, Beschulung und Verwaltung aufschlüsseln ließen. Bund, Länder und Kommunen investieren viel Geld für Sprachkurse, Kita-Plätze, Flüchtlingslager oder die Integration in Arbeit und Ausbildung. Zum Programm gehören aber auch Arbeitsverbote, der Zwang in Lagern zu leben, Abschiebungen, der Betrieb von Sonderlagern für Flüchtlinge, die nicht integriert werden sollen. Hier wird abgeschreckt, nicht integriert, und dies lässt sich besonders der Freistaat viel kosten.

*„Gerade Bayern investiert große Summen nicht in die Integration, sondern in Ausgrenzung und Abschiebung. Flüchtlinge müssen wieder in integrationsfeindliche Sammellager umziehen, werden mit Arbeitsverboten belegt, allein 750 neue Stellen bei sogenannten Zentralen Ausländerbehörden will Bayern schaffen, um Abschiebungen durchzusetzen. Diese Kosten jetzt unter Integrationsleistungen für Flüchtlinge verbuchen zu wollen und beim Bundesfinanzminister die Hand aufzuhalten, ist regelrecht zynisch“, kritisiert Stephan Dünwald. „Hier entstehen hohe Kosten, für die verpflichtende Unterbringung in Sammellagern und die engmaschige Kontrolle durch Ausländerbehörden. Weniger Zwang hieße auch weniger Kosten. Niemand spricht groß über eine Million Zuwanderer, die 2015 als Arbeitnehmer*innen nach Deutschland kamen. Die vielleicht 800.000 Flüchtlinge hingegen sind ein Politikum. Es ist an der Zeit zu diskutieren, warum das so ist.“*

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Stephan Dünwald

Bayerischer Flüchtlingsrat

Tel: 089-762234 / 0177 721 6830